

Bernhard RAPKAY:
"Falsches Spiel"
Mitgliedstaaten verhindern Einsparungen

Obwohl der Kommissionsvorschlag zur Revision des EU-Beamtenstatuts seit über einem Jahr vorliegt, haben die Diskussionen in den Ratsarbeitsgruppen bisher zu keinem Ergebnis geführt. Die zyprische Ratspräsidentschaft hat daher immer noch kein Mandat erhalten, um in Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament treten zu können, wodurch das gesamte gesetzgeberische Verfahren verzögert wird.

Darüber hinaus hat der Rat nun den Vorschlag der EU-Kommission abgelehnt, die Sonderabgabe für EU-Beamten von 5,5 Prozent und die Methode zur jährlichen Gehaltsanpassung für ein Jahr zu verlängern. Beides läuft nämlich am 31. Dezember 2012 aus.

"Es ist wirklich unglaublich, dass der Rat die letzte Chance, die Sonderabgabe zu verlängern und dadurch eine Gehaltserhöhung der Beamtinnen und Beamten zu verhindern, nicht genutzt hat", erklärte **Bernhard RAPKAY**, Stellv. Vorsitzender der Fraktion der Europäischen Sozialdemokraten und Mitglied im zuständigen Rechtsausschuss. "Es ist die Schuld des Rates, dass wir bislang keine Verhandlungen geführt haben und die Sonderabgabe am 31. Dezember ausläuft!"

Die fehlende Positionierung des Rates verhindert außerdem, dass die wichtigen Änderungen im Beamtenstatut, die die EU-Kommission in ihrem Vorschlag sowie das Parlament in seinem Bericht vorsehen, nicht umgesetzt werden können. So hat die Kommission umfassende Maßnahmen zur Reduzierung der Verwaltungskosten vorgelegt, wie etwa einen Personalabbau von 5 Prozent verbunden mit einer Anhebung der Wochenarbeitsstunden ohne Gehaltsausgleich und eine Anhebung des Pensionsalters von 63 auf 65 Jahre. Diese vorgeschlagenen Maßnahmen werden über den Zeitraum des neuen Mehrjährigen Finanzrahmens der EU bis 2020 zusätzliche Einsparungen von etwa 1 Milliarde Euro einbringen sowie langfristig weitere erhebliche Einsparungen.

"Das Verhalten des Rates ist inakzeptabel und richtet sich gegen die Interessen der EU-Institutionen und der europäischen Steuerzahler", so **Bernhard RAPKAY**. "Das Parlament war sich immer im Klaren darüber, dass die EU in Zeiten der Krise ein starkes Signal setzen muss, indem sie die Kosten für die Verwaltung senkt. Das Versagen des Rates, eine Position zum Beamtenstatut zu finden, verzögert auch die Umsetzung weiterer Änderungen, die das Parlament vorgeschlagen hat, um die Kosten zu senken bei gleichzeitiger Beibehaltung eines hohen Levels an Effizienz der Verwaltung."